

# Der Saugliche Erzähler

Bischofswrdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Baugen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. Ältestes Blatt im Bezirk. - - - Erscheint seit 1848.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neustadt, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke. - - - Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. - - - Fernsprecher Nr. 22.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Montag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.10, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 1.20; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 3.30 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheckkonto: Amt Leipzig Nr. 21 543. - Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegeranstalten - hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 10 oder deren Raum 40 Bsp., dritte Anzeigen 30 Bsp., im Doppelteil (Zm. Maße 17) 90 Bsp., die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. - Ähnliche Anzeigen die gespaltene Zeile 70 Bsp. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 204.

Mittwoch, den 3. September 1919.

73. Jahrgang.

## Sturmzeichen in Frankreich?

Eine Meldung, die, wenn sie sich in allen Teilen bewahrheitete, von größter Tragweite wäre, wird uns von Berlin übermittelte. Danach ist unter den französischen Truppen in Südwestfrankreich eine revolutionäre Bewegung entstanden, und in Paris werden schon seit 8 Tagen Sowjets gebildet. Wir wollen vorerst der Meldung noch keine zu große Bedeutung belegen, denn noch scheint Clemenceau Herr der Lage zu sein, wenn sich auch die ganze innen- und außenpolitische Situation für Frankreich bedenklich ausprägt. Die innerpolitischen Schwierigkeiten werden noch verschärft durch die immer bedrohlicher werdende Lage in Elsass-Lothringen. Außenpolitisch bereitet die Bewegung in Amerika gegen den Gewaltfrieden von Versailles Frankreich schwere Sorgen. Es ist darum nicht zu verwundern, wenn eine weitere Meldung von einer verfehlten Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber zu meiden weiß.

Berlin, 2. September. (B. I. B.) Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung wurde in der vergangenen Nacht in Ludwigshafen ein Jagdflugzeug von französischen Soldaten aus dem Himmel abgegraben, worin sich die Unterebekämpfung der deutschen Republik und gegen eine weitere Intervention in Russland Einspruch erhoben wird. Die Amerikaner werden den Einspruch, die Revolution dort zu fördern, wo sie noch nicht ist. Das Flugzeug enthält eine Menge gegen Poincaré und Clemenceau, die als Angehöriger der Sozialisten werden.

Das gleiche Blatt gibt eine Meldung des „Wiener Abendwächter“, wonach sich in Paris Parteipolitiker, darunter in dem von Monnet, Sowjets gebildet haben. Sie befinden sich dem 24. August und verfolgten politische und wirtschaftliche Ziele.

Nach der gleichen Quelle werden französische Blätter aus Köln gemeldet, dass infolge der Arbeiterbewegung in der oberfränkischen Kohlenindustrie der Belagerungsstand über die Bezirke von Mülhausen, Thion und Gewerbetätigkeit und Kriegsgerichte eingestellt wurden. Die französische Confederation genehmigt den französischen ersten Einspruch gegen diese Maßnahmen und hat die stärksten Gewerkschaften um Auskunft über die Lage ersucht.

Die bedrohliche Lage in Elsass-Lothringen wird auch in nachfolgender Meldung bestätigt:

Berlin, 2. September. (B. I. B.) Die Lage in Elsass-Lothringen spitzt sich immer mehr zu. Die gesamte wertvolle Bevölkerung hat gegen die französischen Truppen eine Stellung eingenommen, die das schlimmste befürchten lässt. Die französische Regierung hat soweit es ihr möglich ist, versucht, durch Verbindung des Belagerungsstandes und durch Zusammenziehung von Truppen einem offenen Aufbruch vorzubeugen. Wie ein Gewährsmann verächtlich, bereiten sich jedoch in dem von uns abgetretenen Reichslande ernste Dinge vor. Nicht allein deutschgesinnte Kreise, die sich im geheimen zusammengeschlossen haben und mit dem Gedanken an eine Selbständigkeitsklärung umgehen, sondern auch kommunistische Heizer sind an der Arbeit. Die letzten Maßnahmen der französischen Regierung haben die Erregung in allen Kreisen bedenklich gesteigert, so dass man nicht überrascht zu sein braucht, wenn plötzlich ein Aufbruch ausbricht.

## Der amerikanische Senat gegen den Friedensvertrag.

Berlin, 2. September. (B. I. B.) Nach Meldungen anderer Blätter sind 44 gegen und 40 für die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika.

Amsterdam, 2. September. (B. I. B.) Die Times melden aus Washington, dass der Senator Knox in seiner am Freitag gehaltenen Rede noch erklärte: Er wolle nicht ein, warum Amerika Deutschland undurchführbare Bedingungen auferlegen wolle. Der Vertrag bedürftige jedoch einen Nachen an der seit längerem befreundeten chinesischen Nation. Er lege die Grundlage für Jahrhunderte des Bluteschleissens, in das die Amerikaner hineingezogen werden würden. Der Vertrag verpflichtet die Vereinigten Staaten möglicherweise zu ungerechter Handlungweise, wie im Fall mit Schantung. Die Rede des Senators hat großes Aufsehen erregt, so dass Wilson die von Knox ausgesprochenen Bedenken widerlegen muss.

## Neue politische Bahnen der Entente?

Berlin, 2. September. (B. I. B.) Nach Berichten aus England beginnt gegenwärtig die gesamte Politik der Entente gegenüber Deutschland in gänzlich neuen Bahnen einzuklinken. Insbesondere wird es Frankreich sein, das unter dem Druck der augenblicklich gegebenen Verhältnisse eine verfehltere Stellung Deutschland gegenüber einnehmen muss. Veranlassung hierzu gibt die Entwicklung der Dinge in Amerika, wo die Opposition des Senats mit einer riesenhafte Propaganda gegen die Härte des Friedensvertrages vorgeht. Frankreich befürchtet, dass die Festhaltung an der unversöhnlichen Politik gegen Deutschland die amerikanischen Kreise dazu veranlassen wird, mit großzügigen Mitteln zur Wiederherstellung Deutschlands beizutragen, um die Stellung der europäischen Großmächte damit zu erschüttern. Dem könne man nur dadurch begegnen, dass man sich durch eine entgegenkommende Haltung einen genügenden Einfluss auf Deutschland vorbehält. Clemenceau selbst steht an der Spitze einer Bewegung, die dieses Ziel verfolgt. Man glaubt, dass er mit einem entsprechenden Programm in den Wahlkampf eintreten wird.

## Ankunft des ersten Gefangenentransportes in Köln.

Köln, 2. September. (B. I. B.) Die ersten deutschen Kriegsgefangenen sind heute früh in Stärke von etwa 1000 Mann in Köln-Deich eingetroffen.

Rotterdam, 1. September. (B. I. B.) Der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet, dass der Dampfer „Demis“ mit 369 verwundeten und kranken deutschen Kriegsgefangenen an Bord, aus Dover in Rotterdam eingetroffen ist. Die Weiterreise erfolgt mittels Bagazettzuges.

## Beginn der Kohlenlieferungen an die Entente.

Wie eine ausführliche Wolffmeldung aus Versailles berichtet, haben die seit Wochen dort geführten Verhandlungen über die an Frankreich zu liefernden Kohlen ihren Abschluss gefunden. Die Entente hat ihre Forderungen nunmehr in der folgenden Fassung formuliert:

Deutschland hat in den nächsten 6 Monaten, beginnend vom Zeitpunkt der Pflanzlieferung an die Entente an, insgesamt Kohlenlieferungen zu leisten, die einer Jahreslieferung von 20 Millionen T. entsprechen. Steigt die Gesamtforderung über den gegenwärtigen Stand von etwa 108 Millionen T. jährlich, so sind von der Mehrforderung bis zu 128 Millionen T. 60 Prozent, darüber hinaus 50 Prozent zu liefern, bis das höchstmögliche in den Friedensbedingungen vorgesehene Pflanzlieferung erreicht ist. Fällt die Gesamtforderung unter 108 Millionen T. hinaus, so wird die Entente die jeweilige Sachlage nach Anhörung Deutschlands prüfen und ihre Rechnung tragen. Diese Grundzüge soll jedoch nur dann Geltung haben, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist mit den Kohlenlieferungen sofort begonnen worden und bereits rollen die ersten deutschen Kohlenzüge über die Grenze. Wir geben also 20 Millionen Tonnen ab, so lange unsere Produktion die jetzige bleibt, erhöhen unsere Lieferungen aber, falls es uns gelingt, unsere Produktion zu steigern. Frankreich müsste also ein besonderes Interesse daran haben, unsere Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern. Das es indessen wirklich beabsichtigt sein will, den Arbeitsmut zu heben, kann man gerade nicht behaupten. Es hat uns den guten Rat gegeben, den Arbeitszwang einzuführen und sogar zugelegt, dass es Deutschland die Mittel an Hand geben wolle, diesen Arbeitszwang auch durchzuführen zu können. Indessen ist dieser Vorschlag auf keinen günstigen Boden gefallen: Deutschland will vom Arbeitszwang nichts wissen, obwohl dieser französische Vorschlag vielen auch in Deutschland durchaus sympathisch gewesen sein wird. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, dass die Vernunft siegen werde und sie hofft, wie man hört, dass das Streikfever langsam insulden müsse, Pfahmachend der Vernunft und der Arbeitsfreude. Mit Hoffnungen aber können wir nicht weiter. Wir haben nun einmal die Kohlenverpflichtungen übernommen, die, wenn sie nicht beschleunigt gemindert sind, doch gehalten werden müssen. Diese Verpflichtungen rauben uns aber einen großen Teil der Kohlen, die wir im Inlande brauchen, wenn die Herde bei den Ofen warm sein sollen, wenn die Fabriken

nicht in Stillstand kommen sollen und die Beleuchtung überall eingestellt werden muss. Wenn man also dafür eintritt, dass es gelingen möge, Frankreich mehr Kohlen zu liefern, als es nach dem Abkommen fürs erste nötig ist, so denken wir dabei auch an uns selbst; eine Mehrlieferung nach Luzern würde auch einen größeren Kohlenvorrat im Innern bieten. Und es ist erklärlich, dass tüchtige Köpfe das Rätsel zu lösen versuchen, die Kohlenproduktion zu heben. Es gibt jedenfalls mehrere Wege, um rechtzeitig Kohlenvorräte zu schaffen und es gibt auch mehrere Wege, um die Eisenbahnleistungsfähigkeit zu machen. Man hat aber nicht so ganz unrecht, wenn sich die Ansicht durchsetzt, dass zu den einzig möglichen Mitteln erst dann gegriffen wird, wenn es teilweise schon zu spät ist und die Empörung des Volkes nach Radikalismen schreit.

## Soziale Sturmzeichen in den Vereinigten Staaten?

Präsident Wilson hat kürzlich im Weißen Hause zwei Besuche empfangen, welche auf den heimgekehrten „Sieger“ wie eine kalte Dusche gewirkt haben mögen. Zu gleicher Zeit nämlich erschienen bei ihm die Führer der Demokraten und die Vertreter der Eisenbahnerverbände, um ihm gewissermaßen die soziale Freundschaft auszusprechen. Sie verlangten von dem Präsidenten unverzüglich Maßnahmen, die die während der Unzufriedenheit wegen der unerträglichen Preissteigerung zu stillen. Nach einem New Yorker Bericht des „B. I.“ ist dabei Herr Wilson eröffnet worden, dass Amerika alle Anzeichen einer nahenden „Erhebung“ aufweist und heute „der Hölle näher sei, als zu der Zeit, da der Kaiser der Union den Fehdehandschuh hinwarf“. Nebenbei gesagt, bezeichneten die Eisenbahner die Summe, mit welcher die Zufriedenheit wiederhergestellt werden könne, auf 800 Millionen Dollars jährlicher Mehrbelastung. Die Drohungen haben auf das Staatsoberhaupt und den Kongress einen solchen Eindruck gemacht, dass ersterer seine Rundreise um zwei Wochen aussetzte und letzterer die beabsichtigten Ferien einstweilen nicht antrat.

Natürlich ist es schwer, festzustellen, inwieweit es sich hier um Tatsächliches oder um Kombinationen in der bekannten, sensationellen Aufmachung des „Weltblattes“ handelt.

Andererseits würde ein Generalfreist in den Vereinigten Staaten und die Bahmlegung des Wirtschaftslebens der Union von unberechenbaren Folgen und von so großem Einfluss auf die wirtschafts- und finanzpolitischen Erwartungen sein, die man z. T. auch bei uns an Nordamerika knüpft, dass man diese Meldungen nicht einfach beiseite schieben kann. Die Frage ist die, ob die allgemeinen Voraussetzungen für eine soziale Krise in den Vereinigten Staaten gegeben sind; d. h. ob die Lage der Arbeiterklasse ohne eine solche Zuspitzung ersehnen hat, dass die Kriegsteuerung genügen könnte, eine Explosion herbeizuführen. Es muss zugegeben werden, dass diese Voraussetzungen allerdings vorhanden sind; ja, schon vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg in so reichlichem Maße vorhanden waren, dass bereits damals die besten Kenner des Landes ihre warnende Stimme erhoben. Das soziale Gleichgewicht der Union, die bis heute weder Arbeiterversicherungsgeetze noch einen effektiven Arbeiterschutz kennt, geriet mit dem Augenblick ins Wanken, seit der Bundvorrat im „goldenen Westen“ erschöpft und damit die Kolonisationsmöglichkeiten, die Entlastung des Arbeitsmarktes u. a. aufhörten. Es kam zuletzt soweit, dass im dem größten und reichsten Lande der Welt über 1,7 Mill. Kinder unter 15 Jahren in Fabriken, Bergwerken usw. arbeiteten und weitere 800 000 in den Spinnereien beschäftigt waren. „Die Menschenverluste in der amer. Industrie übersteigen, wie seinerzeit Roosevelt brieflich gegen Dr. Sofia Streng äußerte, diejenigen eines großen und ständigen Krieges.“ Im Jahre 1903, während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, waren in Manhattan, dem Hauptstadteil New Yorks, 14 v. H. aller Familien, nämlich 60 463, verarmen mittellos, das heißt aus ihren Wohnungen ermittelt wurden. Und Max Schippel spricht in seinem 1910 geschriebenen Vorwort zu Gustav Myers „Geschichte der großen amerikanischen Vermögen“ von einem „niedererschmetternden Bild offener, meistener Verarmung und Korruption“, um den Vereinigten Staaten dann folgende Prognose zu stellen: „Man glaubt bei diesen Schilderungen“ zu werden ein wäses, wildes